



Allgemeine Geschäftsbedingungen der Gemeinde Binningen für Architekten und Ingenieure (Planerleistungen)

1. Verbindlichkeit

- 1.1. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Gemeinde Binningen für Planerleistungen sind Bestandteil der Unternehmerofferte. Sie haben vor den Normen der SIA und USIC sowie weiteren Normen von Berufs- und Fachverbänden Vorrang.
Im Übrigen gilt folgende Normenhierarchie im Falle eines Widerspruchs:
 - I. Text der vorgesehenen Vertragskunde
 - II. durch das Bauprojekt bedingte, besondere Bestimmungen
 - III. Allgemeine Bedingungen (dieses Dokument)
 - IV. Leistungsverzeichnis bzw. Projektbeschreibung, also das finanzielle Angebot
 - V. Grundlagenpläne und weitere Beilagen
- 1.2. Nicht durch das Bauprojekt bedingte, allgemeine Bedingungen wie:
 - a) Norm SIA 144, Norm SIA 103
 - b) Weitere SIA-Normen und im Einverständnis mit dem SIA aufgestellten Normen anderer Fachverbände
 - c) die weiteren Normen anderer Fachverbände
- 1.3. Diese AGB sind für die Anwendung in den Planungs- und Ausführungsphasen 31 – 52 nach SIA gedacht. Werden Arbeiten nur für einen Teil dieser Phasen vergeben, haben entsprechend nur die Punkte Gültigkeit, welche die vergebenen Arbeiten betreffen.

2. Beschaffungswesen

- 2.1. Grundsätzlich ist die SIA-Norm 144 anwendbar.
Bei Abweichungen der Angebotsunterlagen von den durch die Bauherrschaft zur Verfügung gestellten Ausschreibungsunterlagen ist stets die von der Bauherrschaft bereit gestellte Version massgebend. Teilangebote werden nicht akzeptiert.
- 2.2. Eingabetermin: Die Angebote sind innert Frist bis spätestens zu dem in den Ausschreibungsunterlagen genannten Eingabetermin (Datum und Zeit) bei der in den Ausschreibungsunterlagen bezeichneten Stelle (Ort) in gedruckter Form einzureichen. Die Anbietenden tragen das Risiko des fristgerechten Eingangs ihres Angebots bei der bezeichneten Stelle. Angebote per Fax- oder E-Mail Übermittlung werden nicht anerkannt.
- 2.3. Angebote, die nach Ablauf der Frist (Eingabetermin) eingehen, werden den Anbietenden ungeöffnet zurückgegeben und sind vom Verfahren ausgeschlossen.
- 2.4. Die Unternehmung hat sich vor Abgabe ihres Angebotes vom Umfang und der Art der Ausführung, den örtlichen und besonderen Verhältnissen der Baustelle in Kenntnis zu setzen. Spätere Forderungen der Unternehmung aus Unkenntnis der Baustellensituation und des Bauvorhabens können nicht berücksichtigt werden.
- 2.5. Das Angebot ist ohne anderslautende Vorgabe (siehe Deckblatt der Ausschreibungsunterlagen) während 6 Monaten ab Eingabetermin verbindlich.



- 2.6. Die Mehrwertsteuer ist bei allen Preisangeboten offen auszuweisen. Erfolgt dies nicht, so gilt die Mehrwertsteuer als in das Angebot eingerechnet (Änderung von Art. 38 Abs. 5 und Art 49 Abs. 4 von SIA Ausgabe 2013).

3. Honorarermittlung, Preisbasis und Teuerung

- 3.1. Als Stichtag zur Festlegung der Preisbasis gilt der in den Ausschreibungsunterlagen genannte Eingabetermin der Angebote.
- 3.2. Es gelten ohne anderslautende Regelungen in den Ausschreibungsunterlagen oder dem Ingenieur-, oder Architektenvertragsentwurf Festpreise bis Projektabschluss.
- 3.3. Die Verrechnung von Preisänderungen bei Leistungserbringungen, die sich über mehr als 24 Monate ab Beauftragung erstrecken, erfolgt gemäss dem im Ingenieur-, oder Architektenvertragsentwurf oder den Ausschreibungsunterlagen festgelegten und somit bekannt gegebenen Preisänderungsverfahren. Ist das Preisänderungsverfahren nicht festgelegt, kommt der Produktionskosten-Index PKI zur Anwendung.
- 3.4. Bei Honorierung nach Zeitmitteltarif gilt das entsprechende Honorar als Kostendach.
- 3.5. Nebenkosten sind von der Unternehmung abzuschätzen separat zu offerieren. Sie werden nach effektivem Aufwand vergütet.

4. Beauftragung

- 4.1. Der Abschluss des Planervertrags muss schriftlich erfolgen.
- 4.2. Änderungen und/oder Ergänzungen sind nur gültig, wenn sie schriftlich festgelegt und allseitig anerkannt sind.
- 4.3. Die Bauherrschaft behält sich das Recht vor, einzelne Positionen ganz oder teilweise wegzulassen. Die Vergebung der Arbeiten kann nach Projektphasen erfolgen.

5. Termine

- 5.1. Sofern die Bauherrschaft ein Terminprogramm vorgibt oder die Unternehmung eine bestimmte Dauer der Leistungserbringung im Rahmen der Ausschreibung anbietet, behält sich die Bauherrschaft vor, das Bauprogramm und damit den Ausführungszeitpunkt unter Beachtung einer angemessenen Voranzeigefrist gegenüber der Unternehmung anzupassen, ohne dass die Unternehmung daraus ein Anspruch auf irgendwelche Mehrforderungen erwächst.

6. Mehr- oder Minderleistungen

- 6.1. Für alle im Leistungsverzeichnis/Angebot nicht enthaltenen Arbeiten müssen die Preise vor der Ausführung der Arbeiten oder Lieferungen angeboten und seitens Bauherrschaft schriftlich genehmigt werden. Für alle Nachtragspreise ist von derselben Preisbasis



auszugehen wie im Hauptangebot. Die Bauherrschaft kann als Nachweis die entsprechenden Kalkulationsgrundlagen zur Einsichtnahme verlangen.

- 6.2. Zeichnen sich während der Planung oder Ausführung Mehr- oder Minderleistungen gegenüber dem Leistungsverzeichnis ab, ist die Unternehmung verpflichtet, die Bauherrschaft sofort schriftlich zu informieren.
- 6.3. Bei Bestellungsänderungen ist die Unternehmung verpflichtet, sämtliche daraus resultierenden Mehr- oder Minderkosten unverzüglich der Bauherrschaft schriftlich mitzuteilen.

7. Nachhaltigkeit

Die in diesem Kapitel aufgelisteten Punkte entsprechen den Vorgaben der «KBOB», von «eco-bau» und «IPB» (Stand Juli 2017).

7.1. Grundsätze

- 7.1.1. Die Bauherrschaft will nachhaltige Bauten im Sinne der Empfehlung SIA 112/1 «Nachhaltiges Bauen – Hochbau» erstellen und betreiben.
- 7.1.2. Die vorliegenden Bedingungen bilden einen festen Bestandteil der von den Planenden zu erbringenden Grundleistungen nach den Ordnungen SIA 102, 103, 105, 108 bzw. der vereinbarten Leistungsmodule der Ordnung SIA 112.

7.2. Planung, Projektierung

- 7.2.1. Bei Projektstart ist das Vorhaben unter Mitwirkung der Bauherrschaft auf seine Nachhaltigkeit zu prüfen. Die für die Bauaufgabe relevanten Nachhaltigkeitskriterien gem. der Empfehlung SIA 112/1 «Nachhaltiges Bauen – Hochbau» werden festgelegt und die erforderlichen Leistungen mit den Auftragnehmenden vereinbart.
- 7.2.2. Die individuell formulierten Zielsetzungen in Bezug auf das nachhaltige Bauen, wie z.B. das Leistungsniveau gem. «[Standard nachhaltiges Bauen Schweiz](#)» (SNBS) oder gem. [Minergie \(-P/A\)-Eco](#), werden im Pflichtenheft des Vorhabens festgelegt.
- 7.2.3. Die Planenden sind für die Umsetzung der Zielsetzungen sowie der vorliegenden Bedingungen verantwortlich.

7.3. Gesundheit

- 7.3.1. Die Bauten sind auf eine optimale Tageslichtnutzung auszulegen. Der rechnerische Nachweis kann z.B. mit dem [Tageslichtnachweis-Tool](#) von Minergie-Eco erbracht werden.
- 7.3.2. Mittels geeigneter Schallschutzmassnahmen ist Lärm zwischen und innerhalb von Nutzungseinheiten sowie von aussen zu reduzieren.
- 7.3.3. Die Innenraumbelastungen durch Schadstoffe sind durch eine geeignete Bauweise und Materialisierung zu minimieren, z.B. gem. Merkblatt BAG / eco-bau «[Gesundes Innenraumklima](#)».



- 7.3.4. Es gelten mindestens folgende Anforderungen an die Raumluftqualität in Innenräumen: Formaldehyd max. 60 µg/m³, TVOC max. 1000 µg/m³, Radon Neubau max. 100 Bq/m³, Erneuerung max. 300 Bq/m³. Die Messungen haben gem. Qualitätssicherungssystem von Minergie-Eco zu erfolgen.
- 7.3.5. Bei Instandsetzungen, Erneuerung oder Rückbau ist eine Abklärung betreffend Schadstoffen in der bestehenden Bausubstanz (Asbest, PCB, PAK usw.) gem. Art. 16 der Verordnung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen ([VVEA](#)) durchzuführen. Sind Belastungen vorhanden, ist in Zusammenarbeit mit Fachspezialisten ein Sanierungs- und Entsorgungskonzept zu erstellen.
- 7.4. Bauökologie
 - 7.4.1. Die Planenden sind für die Umsetzung der Eco-BKP-Merkblätter «[Ökologisch Bauen nach Baukostenplan](#)» des Vereins eco-bau zuständig.
 - 7.4.2. Im Normalfall werden die Vorgaben der 1. Priorität umgesetzt. Falls technische oder wirtschaftliche Gründe gegen diese Optionen sprechen, kann auf die Vorgaben 2. Priorität zurückgegriffen werden. Abweichungen in Ausnahmefällen sind zu begründen und der Bauherrschaft zur Genehmigung vorzulegen.
 - 7.4.3. Wo technisch möglich und verfügbar müssen Recyclingbaustoffe eingesetzt werden.
- 7.5. Komfort
 - 7.5.1. Der thermischen Behaglichkeit ist genügend Rechnung zu tragen. Der sommerliche Wärmeschutz ist nachzuweisen.
 - 7.5.2. Ein genügender Luftwechsel ist in einem Lüftungskonzept nachzuweisen.
- 7.6. Energieeffizienz und erneuerbare Energien
 - 7.6.1. Der im Pflichtenheft festgelegte Nachhaltigkeits- bzw. Energiestandard, siehe Ziffer 7.2.2, ist zu erfüllen.
 - 7.6.2. Es sind Bauten mit einem möglichst hohen Anteil an erneuerbaren Energien anzustreben. Der Einsatz von erneuerbaren Energieträgern ist Standard. Ausnahmen sind zu begründen und der Bauherrschaft zur Genehmigung vorzulegen.
 - 7.6.3. Es sind geeignete Massnahmen zur Qualitätssicherung für Planung, Realisierung und Betrieb festzulegen.
- 7.7. Ausschreibung
 - 7.7.1. Die Bedingungen «Nachhaltiges Bauen: Bedingungen für Werkleistungen» sind in die Ausschreibung und in die Werkverträge zu integrieren und umzusetzen.
 - 7.7.2. Als Hilfsmittel für die Ausschreibungen können die Eco-Devis-Software oder die Eco-BKP-Merkblätter «[Ökologisch Bauen nach Baukostenplan](#)» verwendet werden.
 - 7.7.3. Die Planenden weisen auf Verlangen mittels Warendeklaration oder Zertifikaten (z.B. Eco-Produkte, Umwelt-Etikette der Schweizer Stiftung Farbe, Lignum-



Produktliste Holzwerkstoffe in Innenräumen, HSH-Zertifikat Schweizer Holz, FSC Zertifikat usw.) nach, dass die Unternehmungen und Lieferanten die Vorgaben, z.B. gem. Eco-BKP-Merkblätter «[Ökologisch Bauen nach Baukostenplan](#)», einhalten.

7.8. Baustelle

- 7.8.1. Die Bauleitung kontrolliert die Materialien und die Ausführung und protokolliert sie im Baujournal. Auf Verlangen gewährt sie der Bauherrschaft Einsicht.
- 7.8.2. Die Planenden erstellen ein Rückbau- und Entsorgungskonzept gem. Art. 16 -20 der [VVEA](#).
- 7.8.3. Für die Entwässerung der Baustelle und Behandlung von Bauabwasser erstellen die Planenden ein Entwässerungskonzept gem. der Empfehlung SIA 431 «Entwässerung von Baustellen».
- 7.8.4. Die Luftbelastung durch baustellenbedingte Schadstoffemissionen ist gem. BAFU «Richtlinie zur Luftreinhaltung auf Baustellen» ([Baurichtlinie Luft](#)) zu minimieren.
- 7.8.5. Baulärm ist so weit wie möglich gem. BAFU «Richtlinie über bauliche und betriebliche Massnahmen zur Begrenzung des Baulärms» ([Baulärm-Richtlinie](#)) zu begrenzen.
- 7.8.6. Der Bodenschutz ist gem. der BAFU-Publikation «[Boden und Bauen: Stand der Technik und Praktiken](#)» sicherzustellen.
- 7.8.7. Die Planenden sind verpflichtet, die Bauherrschaft unverzüglich zu informieren, wenn während der Bauarbeiten vermutlich belastetes Baumaterial (z.B. Asbest, PCB, PAK usw.) zum Vorschein kommt. Sie weisen die Unternehmung an, an diesen Materialien keine Veränderungen vorzunehmen. Dies gilt auch für vermutlich kontaminiertes Aushubmaterial resp. belasteten Boden.

7.9. Kontrollen

- 7.9.1. Die Bauherrschaft behält sich vor, die Einhaltung der Zielsetzungen und der vereinbarten Vertragsbedingungen anhand von Stichproben zu überprüfen oder durch einen Dritten überprüfen zu lassen.
- 7.9.2. Die Bauherrschaft kann nach Beendigung der Bauarbeiten auf eigene Kosten Abschlussmessungen durchführen lassen (Formaldehyd, TVOC, Radon etc.). Die Messungen erfolgen gem. Qualitätssicherungssystem Minergie-Eco.
- 7.9.3. Der effektive Energieverbrauch wird innerhalb von zwei Jahren mit dem berechneten verglichen. Die Planenden regeln mit der Bauherrschaft die Zuständigkeit.
- 7.9.4. Werden Abweichungen festgestellt (Vorgaben Innenraumbelastungen überschritten, Energieverbrauch über dem geplanten Wert usw.), sind Mess- und Folgekosten inkl. Sanierungsmassnahmen durch die Verursachenden zu tragen.



8. Projektcontrolling

- 8.1. Der Beauftragte muss quartalsweise schriftlich über den Fortschritt der Arbeiten, sowie über die Kosten, Termine und die Qualität der arbeiten berichten. Insbesondere sind auch Abweichungen vom Soll und die daraus resultierenden Massnahmen und deren Auswirkungen zu beschreiben.
- 8.2. Es ist dafür die von der Gemeinde Binningen zur Verfügung gestellte Rapportvorlage zu verwenden.
- 8.3. Der Rapport ist der Gemeinde (Bauabteilung) spätestens 2 Wochen nach Quartalsende abzugeben.

9. Datenabgabe, Datenformate, Dokumentation

- 9.1. Während der Dauer des Projektes (oder während den Phasen, für welche der Auftrag ausgelöst wurde) ist der Auftragnehmer für die Datensicherung verantwortlich.
- 9.2. Bei Bedarf wird eine gemeinsame, temporäre Datenablage und Datenaustauschplattform eingerichtet. Die Kosten sind zu regeln.
- 9.3. Sämtliche während des Projektes (oder während den Phasen, für welche der Auftrag ausgelöst wurde) erstellten Unterlagen (Dokumente, Pläne, etc.) müssen der Bauherrschaft als bearbeitbare Dokumente ausgehändigt werden.
- 9.4. Als bearbeitbare Dateiformate gelten:
Für Dokumente: MS Word (*.docx), MS Excel (*.xlsx), MS Powerpoint (*.pptx), MS Project (*.mpp)
Für Pläne: Drawing Interchange File Format (*.dxf), oder Drawing (*.dwg). Beide mit geeigneter Layerstruktur.
Für Bilder: Portable Network Graphics (*.png) oder JPEG File Interchange Format (*.jpg), letzteres nur verlustfrei komprimiert.
- 9.5. Ausgenommen sind Protokolle, welche als Portable Document Format (*.pdf) abgegeben werden sollen.
- 9.6. Pläne sind zusätzlich im Portable Document Format (*.pdf) abzugeben.

10. Bauplatzbesprechungen

- 10.1. Während der ganzen Bauzeit finden periodisch Besprechungen statt, im Regelfall wöchentlich, welche die Unternehmung zu organisieren, zu leiten und zu protokollieren hat. Die entsprechenden Aufwendungen sind im Angebot einzurechnen. Dies gilt ebenso für ausserordentliche Besprechungen auf Einladung / Aufgebot der Bauherrschaft und/oder Bauleitung.



11. Arbeits- / Betriebszeiten

- 11.1. Die Arbeiten sind grundsätzlich während des Tagesarbeitszeitfensters von 06.00 bis 20.00 Uhr auszuführen (Arbeitsgesetz Art. 1032). Andere, von der Bauherrschaft verlangte Baubetriebszeiten sind in den Ausschreibungsunterlagen festgelegt.
- 11.2. Einsätze ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten (Nacht- und Sonntagsarbeit) nach Anweisung oder im Auftrag der Bauherrschaft sind bewilligungspflichtig. Die erforderlichen Bewilligungen sind durch die Unternehmung beim KIGA Baselland, Abt. Arbeitsrecht / Arbeitnehmerschutz in Pratteln einzuholen.

12. Vertretungsbefugnisse der Bauleitung

- 12.1. Die Bauleitung ist befugt, einmalige und in sich abgeschlossene Leistungen und Lieferungen im Rahmen des Kostenvoranschlags bis zu CHF 5'000 im Einzelfall (exkl. MwSt.) selbständig zu vergeben.

13. Versicherungsschutz

- 13.1. Die Unternehmung bestätigt, durch eine Haftpflichtversicherung für Schäden an Personen und Sachen ausreichend versichert zu sein und weist sowohl die Versicherungssumme pro Schadenfall als auch die Versicherungsgesellschaft für folgende Schäden gleichzeitig mit dem Angebot nach:
 - a) Todesfall oder Körperverletzung
 - b) Sachschaden
- 13.2. Die Bauherrschaft hat das Recht, in die Policen Einsicht zu nehmen und jederzeit den Nachweis über die Zahlung der Versicherungsprämien zu verlangen beziehungsweise sich beim Versicherer danach zu erkundigen.
- 13.3. Bei Aufträgen an eine Arbeitsgemeinschaft ist vor Ausarbeitung des Vertrages von der federführenden Unternehmung der Versicherungsnachweis für die ARGE der Bauherrschaft abzugeben.

14. Rechnungsstellungs- und Zahlungsverfahren

- 14.1. Die Rechnungsstellung soll quartalsweise erfolgen.
- 14.2. Die Unternehmung hat Teilrechnungen und Schlussrechnungen in 1-facher Ausfertigung an die Bauherrschaft adressiert einzureichen. Andere Rechnungsläufe (externe Rechnungskontrolle) werden vertraglich geregelt.
- 14.3. Teilrechnungen können als PDF eingereicht werden.
- 14.4. Die Stundenaufwendungen sind detailliert zu rapportieren. Die entsprechende Zusammenstellung ist bei allen Rechnungen beizulegen.
- 14.5. Die Schlusszahlung geleistet werden, wenn:
 - die Arbeiten oder Lieferungen vollendet und abgenommen sind,
 - die Mängelerledigung abgeschlossen ist,



- Werk- und Montagezeichnungen, Betriebsanleitungen, Bestandes- und Revisionspläne und eine Fotodokumentation abgegeben sind.

- 14.6. Sofern vertraglich nicht anders vereinbart, leistet die Bauherrschaft fällige Zahlungen für inhaltlich berechnete und formal korrekt gestellte Rechnungen innerhalb nachstehender Fristen. Als Beginn der Zahlungsfrist gilt das Datum des Rechnungseinganges bei der Bauherrschaft.

| | Rechnungsart | Rechnungseingang bis Prüfvermerk | Prüfvermerk bis Zahlung | Zahlungsfrist total |
|----------------|-------------------|-------------------------------------|----------------------------|---------------------|
| Planerleistung | Teilrechnungen | 30 Tage | | 30 Tage |
| | Schlussrechnungen | Max. 30 Tage | 30 Tage | Max. 60 Tage |

- 14.7. Im Vertrag vereinbarte Preisnachlässe (Rabatt) und Abzüge für fristgerechte Bezahlung (Skonto) gelten auch für alle Nachträge und Regiearbeiten.

15. Gerichtsstand

- 15.1. Es ist ausschliesslich schweizerisches Recht anwendbar.
- 15.2. Als Gerichtsstand wird Arlesheim vereinbart.

16. Konventionalstrafe

- 16.1. Die Konventionalstrafe gemäss § 6c Abs. 4 Beschaffungsgesetz Basel-Landschaft beträgt 10% der Auftragssumme bei Aufträgen mit einem Auftragswert grösser CHF 50'000.

17. Schlussbestimmungen

- 17.1. Der Unternehmer bestätigt mit seiner Unterschrift, dass er diese allgemeinen Bedingungen eingesehen hat und erklärt sich damit voll und ganz einverstanden.
- 17.2. Abänderungen des Textes, Streichen von teilen, bzw. nicht Anerkennen dieser Bedingungen haben den Ausschluss aus dem Submissionsverfahren zur Folge.

Ort, Datum:

Unterschrift: